



# Freibärger

## Freibergs alternative Zeitung

### Inhalt

Preis: 1/2 EURO

Nummer 48

Februar/März 2006

#### Seite 1

Little Town Blues+  
SWG

#### Seite 2

Eine Welt

#### Seite 3

Verkehr in FG

#### Seite 4-5

MfS und Stadtrat+  
Patriotismus?

#### Seite 6-7

Mahnwache +Darmstadt+  
NPD-Aussteiger

#### Seite 8-9

TU Dresden + SS-Sponsor  
+ Rechtsrock von Saxorior?

#### Seite 10

LeserInnenpost

#### Seite 11-12

Tootsies & Boggle



### Editorial

*Das war auch Mutter Erde zu hart, was sich Väterchen Frost Ende Januar so leistete. Kalte Herzen! Die lassen sich in der Stadtverwaltung Freibergs ordentlich finden. Erweichen lassen sie sich nur durch Fördermittel. Steinreich sei die TU Bergakademie. Nur Mineralien schwer? Eiskalt auch die Reaktionen mancher Bürger auf die mahnenden Worte von Jugendlichen, SS-Mörder auch vor ein ordentliches deutsches Gericht zu stellen. Der Mann mit christlichem Herz, Pfarrer Breutel, mochte das nicht gelten lassen. Er zeigte viel Herz für den SS-ler, aber kein Wort der Nächstenliebe für die Opfer in Italien. Frieden mit der Vergangenheit - so nicht, Herr Pfarrer!*

Die Redaktion des FbÄ

## Vorsicht ! Little Town Blues

Den Typ mit der Gitarre, sie kennen ihn vielleicht, haben ihn schon einmal in der Freiburger Fußgängerzone getroffen - ein Lächeln oder ein Hallo im vorbeigehen. Sie beschließen seinen Live-Auftritt zu besuchen und erkennen sich plötzlich in einem seiner Lieder wieder. Das könnte Ihnen passieren, wenn sie am **18. Februar** ins Freiburger **Antik-Café**, Waisenhausstraße 7 gehen. Dort wartet der Freiburger Musiker **Heiko Ranft** mit seinem ersten Solo-Unplugged-Konzert auf – ein musikalisches Resümee. Beginn ist 20.30 Uhr.

### SWG-Geschäfte vor Gericht



Das Landgericht Chemnitz verhandelt im Februar gegen zwei ehemalige Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsgesellschaft Freiberg (SWG), die 1996 den sogenannten Friedeburg-Deal mit organisiert haben. Die beiden SWG-Chefs sollen sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Mitte der 90er Jahre widerrechtlich 24 Mil-

lionen Euro Altschuldenhilfe für das Unternehmen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beschafft haben.

## Eine Welt

[fbÄ, j] Der „Verein zur Förderung des Verständnisses für die Probleme der einen Welt“ feierte sein 15-jähriges Bestehen. Seit 1990 machen die 20 Vereinsmitglieder vom Schüler bis zum Rentner, mit Aktionen, Vorträgen und Infoständen über die Zusammenhänge zwischen der so genannten Dritten und Ersten Welt aufmerksam. Gegründet wurde der Verein im Dezember 1990 von Mitgliedern des damaligen ökologischen Arbeitskreises „Grüne Brücke“ in der Petrikirche, Schülern des Freiberg-Kollegs und anderen Interessierten. Sie orientierten sich an Vorbildern in den alten Bundesländern, wo ähnliche Vereine bereits seit dem Ende der 60er Jahre Alternativen zum konventionellen Handel entwickelten. Im Kern handelt es sich darum, dass die Produzenten in den armen Ländern eine Chance haben, einen „fairen“ Preis für ihre Produkte zu bekommen. Die Handelspartner sind meist Genossenschaften, Kleinbauern und Handwerker, die bestimmte Standards einhalten. Dazu gehören der Verzicht auf Kinderarbeit, die Re-Investition von Gewinnen vor Ort, ökologische Produktion, Arbeitsschutz und ein angemessener Arbeitslohn. Das wohl bekannteste Projekt des Freiburger Vereins ist der in ehrenamtlicher Arbeit geführte Weltladen „La Tienda“ am Freiburger Untermarkt, der Lebensmittel und Kunsthandwerk aus Entwicklungsländern führt. Dem Kunden werden hier Wildkaffee aus Äthiopien, Gewürze aus Sri Lanka, Instrumente aus Indonesien und handgeblasene Gläser aus Guatemala, aber auch fair gehandelte Kuriositäten wie die „Flirtschokolade“ oder die „Waschnüsse“ aus Indien angeboten. Davon, wie gut fairer Handel schmeckt, konnten sich die Freiburger in diesem Jahr bei einer Tasse fair gehandelten „Freiberg Kaffee“ überzeugen. Zusammen mit dem Agenda21 Verein bot der Eine-Welt-Verein unter dem Motto „Freiberg handelt fair“ die



Arabica-Mischung aus vielen verschiedenen lateinamerikanischen Ländern auf den Markt an. Seit Dezember 1990 haben es sich die Weltladner zur Aufgabe gemacht, Aktivitäten zu fördern, die dazu beitragen, das Verständnis für kulturelle, soziale und ökonomische Bedingungen von Entwicklungsländern zu verbessern. Zu diesem Zweck werden verschiedene Veranstaltungen wie zum Beispiel Tee- und Kaffeevorträge organisiert. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind bei vielen Straßenfesten in und um Freiberg vertreten und bemühen sich um Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten und karitativen Vereinen. Im Gespräch mit interessierten Kunden werden besonders im Eine-Welt-Laden "La Tienda" immer wieder neue Anregungen für die Vereinsarbeit gefunden. Die Frage, was denn so Besonderes an den Produkten sei, wird nicht mehr so häufig gestellt wie am Anfang. Die Exotik der duftenden Tees, Kaffees und Gewürze hat dagegen nichts von ihrem Anreiz verloren. Dasselbe gilt für Spielzeug, Musikinstrumente, Honig, Schmuck, Speckstein und vieles mehr aus Ländern der sogenannten „Dritten Welt“. Der moralische Gewinn, der übrigens die einzige Belohnung für die Verkäufer ist sowie die

Gewissheit, ein kleines Zeichen auf dem Weg in eine gerechtere Welt gesetzt zu haben, bilden die andere Seite, die hinter der Exotik und Besonderheit der Produkte steht. Mit den angebotenen Waren werden Kooperativen der sogenannten „Dritten Welt“ und vor allem bäuerliche Klein- und Familienbetriebe unterstützt, die neben den Großen der Industrie und Marktwirtschaft sonst keine Überlebenschancen hätten. Die Erhaltung solcher bäuerlichen Betriebe kann aber nur durch fairen Handel garantiert werden. Fairer Handel heißt, dass die Produkte nur über einen einzigen Zwischenhändler in die Läden gelangen. Der Verein organisierte seit seinem Bestehen zahlreiche interkulturelle Feste wie die Indienwoche, die Vietnamtage, das Lateinamerika- und das Afrikafest sowie Konzerte. Außerdem unterstützt der Verein das Life Gate Rehabilitation Centre, eine Schule und Ausbildungswerkstatt für Körperbehinderte im Westjordanland, eine Musikschule im chilenischen Vina del Mar und ein Kinderheim in Osijek. Vom Mai 1998 bis zum Juni 1999 war der Verein auch aktiv an dem Zeitungsprojekt "FreibÄrger" beteiligt und bildeten zusammen mit anderen Initiativen in Freiberg den Unterstützerkreis für die alternative Stadtzeitung.



# Sorgen Fördermittel für flüssigen Verkehr?

[fbÄ, h] "Neue Überlegungen für Trassen-Verschiebung Richtung Hospitalwald" und bei "Ortsumgehungbahnsich Lösung für Neufriedeburg an" - so lauten die Schlagzeilen der "Freien Presse". Nichts Neues also von der Stadtentwicklungsplanung, nur die Besetzung der Position des Chefplaners mit dem Bismarck-Fan Holger Reuter (CDU) ist eine Änderung. Die Planung einer Umgehungsstraße für Freiberg ist schon über 70 Jahre alt. Nach der sogenannten Wende, dem Anschluss der DDR an die BRD, ist das Projekt jetzt kurz vor seiner Realisierung; denn mit der Mauer öffneten sich zwangsläufig die Zugänge zu den Fleischtopfen der Fördermittel. Ohne dieses Geld würde die Verwaltung keine Sekunde an den Bau einer Umgehungsstraße denken. Das alles war schon vor acht Jahren im FreibÄrger, in einem Beitrag von der damaligen Grünen-Stadträtin, Katrin Thümmler, nachzulesen. Für Aufregungen sorgten verschiedene Versprechungen der Stadtverwaltung wie den Bau eines Lärmschutzwalles, auf den aus Kostengründen aber auch verzichtet wird oder die Hin- und Herverlegung der Trassenführung, mal 130m, mal 150 m von den Grundstücken der Neufriedeburger entfernt. Inzwischen hat die Bundesregierung 60 Millionen Euro für die Umgehung bewilligt und ein Baubeginn für 2007 angestrebt. Auch wenn das zuständige Straßenbauamt Chemnitz den Trassenverlauf der ca. 13 Kilometer langen Ortsumgehung von Freiberg zwischenzeitlich neu konzipierte, so wurde das von Neufriedeburgern kritisierte Brückenbauwerk über die Bahn verändert. Die jetzt wieder vorgesehenen Eingriffe in das Biotop "Hospitalwald" stoßen nur auf geringen Widerstand. Die Natur kann sich nicht wehren.

## Winklerstraße

Die Stadt Freiberg will die Winklerstraße sanieren und im Zuge der Arbeiten ausbauen. Eine ausgebaute Winklerstraße stellt für Autofahrer eine ideale Verbindung dar, die vom Meißner Ring mal schnell zur B 101 oder von der B 101 in die Stadtmitte fahren wollen. Die Folge

ist ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen, unter dem in erster Linie hunderte Studenten und Studentinnen in den Wohnheimen der Winkler- und Agricolastraße zu leiden haben werden. Lärmbelastung und Luftverschmutzung führen zu Verschlechterungen der Lebens- und Wohnqualität der Anwohner(innen).

Vertreter der TU Bergakademie entwickelten in der Vergangenheit die Idee eines verkehrsberuhigten Campus. Die Winklerstraße sollte als Fußgängerzone ausgewiesen werden, in der nur Liefer- und Anwohnerverkehr zugelassen sind. Eine Verlegung der Einfahrt zum Messeparkplatz könnte für eine weitere Verkehrsberuhigung führen und die Wohnqualität für die StudentInnenwohnheime steigern. Am 24. Juni 2005 unterbreiteten Vertreter der TU Bergakademie bei einer Anhörung der Stadt ihre Vorstellungen. Im Protokoll der Sitzung, das der Universität nur einen Tag vor Ablauf der Widerspruchsfrist zugestellt wurde, waren keine der Anregungen und Vorschläge der TU Bergakademie enthalten, schreibt die StudentInnen-Zeitung "Wühlmaus" in ihrer ersten Ausgabe 2006. Danach teilte die Stadt lapidar mit: „Die Verkehrsregelung soll wie bisher beibehalten werden.“ Auf den Widerspruch gegen das Protokoll gab es keine Reaktion. Ein Kompromissvorschlag der TU, doch eine Einbahnstraßenregelung einzuführen, fand ebenfalls kein Gehör bei der Stadtverwaltung. Das Studentenwerk, der Rektor und das SIB (Sächsisches Immobilien- und Baumanagement) richteten weitere Briefe an die Stadtverwaltung und wiesen auf die Probleme



hin, die ein Ausbau der Straße zur Folge hätte. Die Stadtverwaltung hat darauf nie geantwortet. Das bestehende Fahrverbot für LKW und ein Tempolimit 30 reichen bei weitem nicht aus. Bereits jetzt wird die Winklerstraße, auch bei denkbar schlechten Straßenverhältnissen von zahlreichen Autofahrern als Rennbahn angesehen. Auf eine Verbreiterung der Winklerstraße mag Stadtplaner Reuter aber nicht verzichten: „Fördermittel fließen nur bei einer Straßenbreite von 6,50 Meter, die das Vorbeifahren von zwei Bussen ermöglicht. Für eine nach Wünschen der Uni sandgeschlammte Straße gibt es keine Unterstützung. Ohne diese Mittel aber können wir die Straße nicht bauen. Dafür gibt es in unserem Haushalt keine Lücken mehr“, erklärte er gegenüber der "Freien Presse". Unterdessen überlegen Student(innen) ihren Protest gegen die Verschlechterung ihrer Lebensqualität und gegen die Ignoranz der Stadtspitze zu organisieren. Die "Wühlmaus" wies ihre Leser/innen darauf hin, dass bereits fünf Personen ausreichen, um die Winklerstraße erfolgreich zu verbarrikadieren. Solche aktivistischen Töne und Vorschläge für Maßnahmen gegen eine verstopfte und konservative Bürokratie hat es in Freiberg schon lange nicht gegeben.

# Der Stadtrat und das MfS

Erklärung zur Stadtratssitzung in Brand-Erbisdorf am 11.10.2005

1. Zur Arbeit als hauptamtlicher Mitarbeiter im MfS. Nach Überprüfung meiner Person nach dem Stasi-Unterlagengesetz wurde im Stadtrat Brand-Erbisdorf bekannt, dass ich von 1985 bis 1989 als hauptamtlicher Mitarbeiter im MfS gearbeitet habe. Ich leistete als 21-Jähriger von 1985 bis 1987 meinen Grundwehrdienst wie Tausende Andere ab. Dabei war ich im Wachdienst der Wacheinheit in Karl-Marx-Stadt eingesetzt, erhielt aber meinen Sold im Gegensatz zu den vielen Soldaten in der NVA vom MfS. Der Dienst unterschied sich jedoch nicht von den Wachdiensten in den anderen bewaffneten Organen. Danach war ich für 9 Monate in der Kreisdienststelle des MfS Freiberg in Vorbereitung auf mein anschließendes Studium. Dort erledigte ich zum größten Teil Büroarbeiten und tätigte Nachfragen zu Bürgern, die ihren Grundwehrdienst an der Grenze absolvieren bzw. eine Tätigkeit im aktiven Auslandsdienst verrichten wollten. Es handelte sich um Routineprüfungen zu Personen, bei denen jeder Staat ein Interesse an unbedingter Loyalität benötigt. Ich stellte mich bei diesen Befragungen daher auch immer mit meinem Namen und der Dienststelle vor. Zur Arbeit mit IM's oder ähnlichen konspirativen Tätigkeiten wurde ich nicht herangezogen. 1988 begann ich ein Studium an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Potsdam. Infolge der Auflösung des MfS und des Beitritts der DDR zur BRD brach ich das Studium 1989 ab. Während des Studiums war ich in Sicherungsaufgaben des MfS nicht einbezogen. Damals war ich vom Sozialismus überzeugt und die Arbeit im MfS für mich nur eine logische Konsequenz für meine Einstellung. Da die anwesenden Stadträte alle nicht erst 1989 geboren sind, können Sie vielleicht meine damalige Haltung verstehen, wenn Sie sie vielleicht auch nicht tolerieren mögen. Aus heutiger Sicht betrachte ich die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit durchaus kritisch. Dennoch muss festgestellt werden, dass derzeit kein Staat

ohne einen Geheimdienst auskommt. Sollten bei einer Tätigkeit für einen Sicherheitsdienst (welcher auch immer das ist) Straftaten vorgenommen werden, sind diese rechtlich zu verfolgen und die betroffenen Personen nach gelten Gesetzen zu verurteilen. Hierbei kann ich für mich jedoch in Anspruch nehmen, dass ich mir in dieser Richtung keine Straftat zuschulden kommen ließ.

2. Zur Situation, dass die Stadträte von meiner Tätigkeit beim MfS angeblich nicht Bescheid wussten Bereits vor der Kommunalwahl 2004 habe ich aus meiner früheren Tätigkeit für das MfS kein Geheimnis gemacht. Ich unterbreitete den Vorschlag, dass diese Tätigkeit mit auf den Wahlbekanntmachungen für die Kommunalwahl vermerkt wird, bin damit jedoch bei meiner eigenen Partei auf Widerspruch gestoßen. Auf allen Wahlveranstaltungen, bei denen ich auftrat, sprach ich öffentlich von meiner hauptamtlichen Arbeit für den DDR-Geheimdienst. Jeder meiner Freunde und Bekannten wusste außerdem darüber Bescheid. Ich kann berechtigterweise davon ausgehen, dass diejenigen Bürger, die mir ihre 284 Stimmen gaben, ausreichend genau über diese Tatsache Bescheid wussten und mich dennoch wählten. Ich möchte mich an dieser Stelle dafür entschuldigen, dass ich die besagte Tatsache nicht noch einmal in der gebotenen Deutlichkeit im Stadtrat bekannt gab. Ich muss jedoch sagen, dass ich dazu rechtlich auch nicht verpflichtet bin. Hier gilt für das kommunale Wahlrecht, dass es für die Kandidatur zum Gemeinderat keinerlei Ausschließungsgründe wegen einer Tätigkeit beim MfS gibt (vgl. § 31 SächsGemO). Es gibt auch keinerlei Pflicht, vor der Wahl irgendwo mitzuteilen, für das MfS gearbeitet zu haben. Ich tat dies vollkommen freiwillig. Deswegen wähle ich auch den Weg, die Bürger unserer Stadt und Sie als Stadträte noch einmal im Öffentlichen Teil unserer Stadtratssitzung darüber zu informieren, und nicht wie zur letzten



Stadtrat Bernd Spolwig (Bildmitte) diskutiert mit Pfarrer Breutel und der Leiterin der Freiburger Seniorenheime, Frau Hein, während der Mahnwache gegen den SS-Mörder Alfred Concina am 22. Dezember.

Stadtratssitzung geplant hinter verschlossenen Türen im nichtöffentlichen Teil. Den Antrag auf Überprüfung meiner Person auf Mitarbeit beim MfS habe ich nicht unterschrieben, da ich wie eben geschildert davon ausgegangen bin, dass die Art meiner hauptamtlichen Mitarbeit in dieser Institution allgemein bekannt ist. Dies ist auch noch einmal von unserem Fraktionsvorsitzenden in der Stadtratssitzung am 14.09.2004 gesagt worden. Leider ist das wahrscheinlich nicht deutlich genug bei den Stadträten angekommen und auch in keinem Protokoll vermerkt. Wenn Sie als Stadträte moralische Bedenken gegen meine Mitgliedschaft im Stadtrat haben, ist das Ihr gutes Recht. Ich selbst, meine Fraktion und meine Wähler haben diese Bedenken nicht. Einige Stadträte forderten mich im geschlossenen Teil der Verwaltungsausschusssitzung am 08.09.2005 auf, mein Mandat als Stadtrat niederzulegen. Aber auch ich muss mich an die gültigen Gesetze halten. Und dazu heißt es in §17 der SächsGemO: Falls die Wahl zum Gewinn eines Mandats führt, besteht auch die Pflicht, das Mandat anzunehmen. Das Mandat würde nur verlustig gehen, wenn ein Verlust der Wählbarkeit nach § 31 SächsGemO (z.B. wenn ich den Hauptwohnsitz nicht mehr in der Gemeinde hätte oder wenn ich per Richterspruch die Wählbarkeit nicht mehr besitzen würde) oder sogenannte Hinderungsgründe nach § 32 SächsGemO eintreten würden

(also wenn ich zum Beispiel Bürgermeister oder leitender Beamter wäre). Und dies liegt bei mir nicht vor. Nach reichlicher Überlegung sowie nach Rücksprache mit meiner Fraktion, den Genossen meiner Partei sowie Personen, die mich gewählt haben, werde ich mein Mandat als Stadtrat nicht niederlegen. Ich denke, dass meine Tätigkeit und mein Umgang

mit der Zeit beim MfS nach den Kriterien der Überprüfung keine Handlungen darstellen, die nach dem Gesetz zum Niederlegen des Mandates oder dessen Entzug führen müssen und dass ich in den Stadtrat gewählt wurde, um notwendige Entscheidungen in der Stadt Brand-Erbisdorf mit meiner sozialistischen Sicht auf die Dinge mitzugestalten. Und dies möchte

ich auch in Zukunft tun, insbesondere in unserer Zeit sozialer Kälte, Machtarroganz und kommunaler Finanzmiseren, in der eine sozial-gerechte Politik notwendig ist, wie sie die Linke.PDS verfolgt.

Bernd Spolwig, PDS-Stadtrat Brand-Erbisdorf

## Der CDU ihr Deutscher Patriotismus

[fbÄ,r] Die sächsische CDU hat nun einen Patriotismus-Antrag, der die Handschrift des ehemaligen Kultus- und Wissenschaftsminister, Matthias Röbller, und weiterer rechtskonservativer Wissenschaftler trägt, auf dem CDU Bundesparteitag Anfang Dezember eingebracht. [FreibÄrger, Nr. 46] Mit zwölf Thesen, die im Antrag ausführlich erläutert werden, soll die Bevölkerung der BRD nach dem Willen der CDU auf Patriotismus getrimmt werden: „1. Im vereinigten Europa ist die historische und kulturelle Schicksalsgemeinschaft der Nation unverzichtbar; 2. Patriotismus, die Liebe zum Vaterland, ist für unsere Nachbarn in Ost und West eine Selbstverständlichkeit; 3. Deutschland gilt als schwieriges Vaterland; 4. Patriotismus kann man nicht herbeireden oder verordnen; 5. Patrioten stellen sich der gesamten Geschichte ihrer Nation; 6. Patriotismus ist untrennbar verbunden mit Freiheit und Demokratie; 7. Der Patriot liebt das eigene Vaterland und schätzt im Unterschied zum Nationalisten die Vaterländer der anderen; 8. „Patriotismus ist die Voraussetzung des Weltbürgertums“ (Ralf Dahrendorf); 9. Familie, Muttersprache, Heimat, Kultur, Religion und regionale sächsische Identität sind grundlegend für die Stabilität der Gemeinschaft; 10. Patriotismus braucht Symbole, Institutionen und Traditionen, damit er auch emotional wirksam werden kann; 11. Familie, Heimat, Muttersprache, Kultur, Religion, Geschichte, Eintreten für Freiheit und Demokratie, Gemeinsinn und Solidarität – in diesen Werten und Erfahrungen wurzelt unser Patriotismus; 12. Wir brauchen mehr Patriotismus für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“ Um diese Ziele zu erreichen, trat die CDU Sachsens

unter dem Beifall der „Deutschen Sozialunion“ (DSU) und der Neonazis von der NPD mit der Forderung an die Öffentlichkeit den sächsischen SchülerInnen von der Grundschule an die Nationalhymne einzubläuen. Die Chance, dass jemals ein Sachse wie Sarah Connor „Brüh’ im Lichte dieses Glückes“ singen könnte, wäre obsolet. Um ihre Patriotismusdebatte unter das Volk zu bringen, nutzt die sächsische CDU ihre Macht in Sachsen schamlos aus. Im „Kampf um die Köpfe“ wurde an der TU Chemnitz eine öffentliche Ringvorlesung „Deutscher Patriotismus im vereinten Europa“ installiert, die der CDU-Rechtsaußen Matthias Röbller am 25. Oktober 2005 eröffnete. Damit wurde der billigen Propaganda der Schein der Wissenschaftlichkeit angeheftet, die Freiheit von Forschung und Lehre für Parteizwecke missbraucht und eine CDU-Kampagne mit Mitteln der SteuerzahlerInnen finanziert. Der rechte Professor Jesse, der sich unablässig seinem CDU-Dienstherren anbietet, hat bei der Aufstellung der ReferentInnen zusammen mit der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ peinlich darauf geachtet, dass seine Referenten (10 Männer, 1 Frau) sich der Totalitarismuskonzeption und einem deutsch-nationalen Ansatz verpflichtet fühlen. Zu den eingeladenen Streitern für mehr Patriotismus gehören die Wissenschaftler und Publizisten Dr. Volker Kronenberg, Gerhard Koenen, Prof. Richard Schröder, Brigitte Seebacher (ehemals Frau von Willy Brandt), Johann Michael Möller (stv. Chefredakteur der „Welt“) sowie die Politiker Werner Schulz (ehemaliger Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen), Joachim Gauck (Ex-Stasi-Beauftragter) und der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Kretschmer aus Görlitz. Die kirchlichen

Weißen empfängt der CDU-Patriotismus vom evangelischen Landesbischof, Jochen Bohl. Die Rolle des internationalen Feigenblatts spielt Adam Krzeminski, Redakteur des Wochenblatts „Politycka“ und stv. Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Gesellschaft. Als Höhepunkt der Universitätsveranstaltung gilt der Auftritt von Professor Arnulf Baring (73), der vor einem Millionenpublikum im ZDF „Nachtstudio“ den „Führer“ wegen seines „Enthusiasmus“, den Adolf Hitler für sein Regime seinerzeit in der Bevölkerung wecken konnte, preisen durfte. Baring im November 2003: Wenn auch nur „ein Bruchteil“ dessen für die Bundesrepublik mobilisiert werden könnte, „wären wir aus allen Schwierigkeiten raus“. Schon Heinrich Heine wusste es besser: „der Patriotismus des Deutschen hingegen besteht darin, daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will.“ Gescheitert ist die CDU mit einem Antrag, den sie am 18. Januar in den Stadtrat einbrachte. In dem Antrag forderte die CDU-Fraktion eine Dauerbeflaggung öffentlicher Gebäude und ein häufigeres Absingen der Nationalhymne. Etwa 100 Menschen demonstrierten vor dem Rathaus gegen die Bestrebungen der CDU mit einer „Patriotismus“-Kampagne sich nach rechts bis zu den Neonazis von der NPD zu öffnen.



# Antifaschistische Mahnwache

[fbÄ] „Wir haben die antifaschistische Mahnwache deshalb hier veranstaltet, um die Öffentlichkeit über diese Zustände aufzuklären. Wir wollen keine alten Leute erschrecken oder einen Krawall veranstalten wie uns vonseiten der Heimleitung und auch der Ordnungsbehörde unterstellt wurde und wird“, erklärt die Sprecherin der FreibÄrger Jugendinitiative „Buntes Leben“, Clara-Anne Bünger, am Ende ihres Redebeitrags und formuliert auch die Forderungen, die sie zusammen mit Mitgliedern von „Schule ohne Rassismus“, der Antifa-Gruppe Freiberg und der Linkspartei.PDS aufgestellt hat: „Wir wollen eine Verurteilung der Mörder von Sant’ Anna di Stazzema in der BRD! Und fordern die sofortige Eröffnung eines Strafverfahrens gegen die Mörder von Sant’ Anna di Stazzema in der Bundesrepublik! Wir erklären uns vollständig solidarisch mit den Überlebenden des Massakers von Sant Anna di Stazzema und ihren Angehörigen!“ Während des Redebeitrags vor ungefähr 40 überwiegend jungen Leuten, versuchte die Heimleiterin Hein, ihr das Mikrophon aus der Hand zu entreissen, um ihre Wahrheit zu verkündigen. Der Versuch misslingt genau so wie die Absicht von 25 neonazistischen Jugendlichen, durch ihren „Aufmarsch“ die Mahnwache zu stören. Es gibt heftige Wortwechsel zwischen der Heimleitung, dem Mitglied der Geschäftsführung vonseiten der Kirche, Pfarrer Breutel, und jugendlichen DemonstrantInnen, die in der Äußerung des Pfarrers gipfeln, dass man den alten SS-Mörder doch in Ruhe sterben lassen solle. Auf den Einwurf einer jungen Frau, dass der an einem Massenmord beteiligt gewesen sei, fiel dem Vertreter der Christenlehre nur ein schroffes „Na und!“ ein. Durch solche und andere Provokationen ließen sich die Jugendlichen nicht irritieren. Der Erfolg der Aktion lag in ihrem medialen Echo. Die „Freie Presse“, die im Sommer 2005 keine Zeile über das Urteil gegen die deutschen SS-Killer veröffentlichte, ließ eine Woche nach der Mahnwache keinen Tag verstreichen,



ohne über den in Freiberg lebenden zu lebenslanger Haft Verurteilten Alfred Concina zu berichten. Unverschämt und einer guten Presse nicht würdig, war die Behauptung des Chefredakteurs der Lokalredaktion Freiberg, Uwe Kuhr, die „Freie Presse“ habe die Geschichte durch eigene Recherche herausgefunden. Da berichtete die „Sächsische Zeitung“ fairer und ließ auch die Jugendinitiative zu Wort kommen. Der MDR, der ebenfalls von den Jugendlichen informiert wurde, schickte ein Team in das Seniorenheim „Johanna Rau“, um den SS-Mörder zu Wort kommen zu lassen. Natürlich war der nicht so dumm, seine Taten vor laufender Kamera zuzugeben. Er behauptete, dass er nicht auf die BewohnerInnen von Sant Anna geschossen habe, sondern links an der Kirche

vorbei gezielt habe. Die linksalternative Wochenzeitung „Jungle World“ fing einige Reaktionen in Freiberg auf. Weder die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Uta Rensch, noch der Pfarrer Breutel konnten sich für die Aktion der Jugendlichen erwärmen. Ihnen schien die Angelegenheit eher peinlich zu sein. Ein Wort der Anteilnahme für die Opfer oder die Überlebenden und deren Angehörigen in Italien kam niemanden von ihnen über die Lippen.





*Der Freiburger Neonazi Kleber verfügt über gute Kontakte zu "freien Kameraden"*

### **Dokumentation**

#### **Antifaschisten gegen SS - Mann**

Der Versuch ehemalige Angehörige der Wehrmacht bzw. der Waffen SS auch im hohen Alter noch vor den Kadi zu zerren, und - wenn das nicht gelingt - die entsprechende Person öffentlich zu denunzieren und in Mißkredit zu bringen, ist so alt wie die brD selber. So hat man in linkskriminellen Kreisen nun ein neues Opfer gefunden. Der 86 jährige Alfred M. Concina, Angehöriger der 16. Panzergrenadierdivision - „Reichsführer SS“, lebte bisher in einem Freiburger Altenheim relativ ungestört. Nun haben es sich antifaschistisch motivierte Gestörte zur Aufgabe gemacht dem Mann den Rest seines Lebens schwer zu machen. Concina wird vorgeworfen als Angehöriger der „Reichsführer SS“ im August 1944 an einem „Massaker“ im toskanischen Bergdorf St' Anna an der Erschießung von 560 Zivilisten beteiligt gewesen zu sein. In Italien wurde er deshalb von einem Gericht schon zu lebenslanger Haft verurteilt, welche er aber nicht antreten muß da die Regierung der brD ihn nicht an Italien ausliefert. Mit einer am 22.12. durchgeführten Mahnwache wollen nun die „Hüter von Recht und Moral“ auf diesen „Mißstand“ aufmerksam machen und die Bürger Freibergs gegen den 86jährigen aufhetzen. Typisch für linkskriminelle Subjekte, deren Protest „einer fanatischen Ideologie“ entspringe, wie Gottfried Breutel Mitglied des Kreistages für die AUW (Allianz Unabhängiger Wähler) in Freiberg, sagt. Eine Feststellung die - wie wir zugeben müssen - haargenau stimmt. Die Zeit wird nun zeigen was in Freiberg weiter passiert. Nationale Aktivisten können - organisationsübergreifend - ihre Solidarität mit A. Concina aber dadurch zum Ausdruck bringen, indem sie ihm Briefe schreiben, in welchen sie ihn zum Durchhalten ermuntern. Ihn in solcher Situation allein zu lassen ist inakzeptabel. Sollte sich die Hetze gegen Herrn Concina steigern, wird der Nationale Widerstand in Sachsen entsprechend reagieren müssen. Tun wird er das ganz sicher.

## **Partnerstadt Darmstadt: Aufklärung über selbst ernannte Herrenmensen**

[fbÄ, uk] "Wenn, wie am vergangenen Samstagabend in Griesheim, 400 Neonazis ein Treffen veranstalten", schreibt das "Darmstädter Echo", "versucht die Antifa so schnell wie möglich so viele Leute wie möglich zu mobilisieren, um mit einer Demonstration ein Gegengewicht zu setzen." Am Samstag, den 7. Januar, waren die Neonazis derart in der Überzahl, dass die Antifaschisten nach eigenen Angaben von Schlägertrupps mit Baseballschlägern aus Griesheim weg gejagt wurden. Die von Anwohnern alarmierte Polizei wurde von diesem massiven Aufgebot überrumpelt. Seit zwei Jahren gibt es in Darmstadt wieder eine aktive Antifa-Gruppe. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der Anti-Nazi-Arbeit, wozu im wesentlichen die Öffentlichkeitsarbeit zählt. Die Darmstädter Antifa betreibt eigene Recherchen über die braune Szene und ist mit anderen Antifa-Gruppen vernetzt, um Informationen auszutauschen. Das Internet ist dabei das wichtigste Medium. Seit es die Darmstädter Antifa-Gruppe gibt, beobachten ihre Mitglieder zunehmende Aktivitäten in der Gegend. Nicht direkt in Darmstadt, aber im Westkreis, an der Bergstraße und im Odenwald. Dort haben sich so genannte Kameradschaften mit Namen wie „Nibelungensturm Odenwald“ gebildet. In einem Bensheimer Stadtteil sei versucht worden, „ein Nationales Zentrum für Treffen, Schulungen, Konzerte und als Anlaufpunkt für die Jugend aufzubauen“. Unter dem Druck der Öffentlichkeit sei der Vermieter gezwungen gewesen, diesen Mietern zu kündigen. Einschlägige Konzerte in Heppenheim, in Lindenfels und jüngst in Griesheim, Aufmärsche wie der in Pfungstadt, die mehrfache Schändung des jüdischen Friedhofs in Alsbach - in den vergangenen zwei Jahren habe es einige Vorfälle gegeben, sagt ein Sprecher der Antifa Darmstadt. Eine Demonstration gegen Neonazis planen ihre Mitglieder allerdings derzeit nicht. Eine, die von anderen gesellschaftlichen Gruppen organisiert wird, die würden sie aber begrüßen.

## **NPD-Aussteiger verbleiben im braunen Nest**

Zwei der drei NPD-Abtrünnigen, Jürgen Schön und Klaus Baier, sind inzwischen in die reaktionäre "Freiheitliche Partei Deutschlands" (FPD) eingetreten. Bundesvorsitzender der FPD ist Dr. sc. Johannes Hertrampf aus Thiendorf, der als Verfasser von Beiträgen in einschlägigen faschistoiden Blättern seit Anfang der 90er Jahre auftrat. Er schrieb in der "Deutschen Wochenzeitung" des Dr. Frey, für "Natio+Europa" des Karl Richter (NPD-Berater) und für "Recht und Wahrheit", die von dem Holocaustleugner und NPD-Funktionär Günter Deckert herausgegeben wird. Parteipolitisch betätigte sich Hertrampf im "Bund für Gesamtdeutschland" bis er 1993 in Dresden die "Freiheitlich nationale Partei" (FNP) gründete, die sich ein Jahr später in die FPD umbenannte, deren Vorsitzender Hertrampf bis heute ist. In der FNP waren auch Mitglieder der verbotenen "Nationale(n) Offensive" eingetreten. Ihr Leitspruch „Wer deutsch denkt, deutsch fühlt und will, dass es mit Deutschland wieder bergauf geht, der ist bei der Freiheitlich Nationalen Partei richtig!“, wurde in einer Anzeige im neo-nazistischen Fanzine „Der Pranger“ (Sitz im ostsächsischen Sebnitz) abgedruckt. Johannes Hertrampf war auch Autor in dem Schmutzblättchen, das von antisemitischem und verfassungsfeindlichem Gedankengut nur so strotzte. Eine Abgrenzung zu neo-antionalsozialistischen Strömungen fällt Hertrampf offensichtlich schwer, wenn er als Hauptredner mit Funktionären der "Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) an Versammlungen teilnehmen kann. Die ehemaligen NPD-Abgeordneten stecken weiterhin tief im braunen Nest und es gibt weiterhin keinen Grund ihnen die Hand zu reichen wie das im Landtag p von SPD-Abgeordneten praktiziert wurde.

# Ex-Waffen-SS-ler sponsert TU Dresden

Um den Ehrendoktor der TU Dresden Otto Beisheim ist seit mehreren Monaten eine Auseinandersetzung zwischen der Antifa-Hochschulgruppe und der Leitung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften im Gange. Hintergrund dieser ist die NS-Vergangenheit Beisheims. Aufgrund dieser wird die Umbenennung des nach Beisheim benannten Festsaals der Fakultät und die Aberkennung seiner Ehrendoktorwürde gefordert.

## Kann denn Jugend Sünde sein?

Der 1924 in der Nähe von Essen geborene Otto Beisheim trat bereits im zarten Alter von 17 Jahren der „Leibstandarte Adolf Hitler“ bei. „Dienststellen des Bundes [bestätigen], dass Otto Beisheim Angehöriger der Waffen-SS war. Laut der 'Deutschen Dienststelle zur Benachrichtigung der nächsten Angehörigen' in Berlin wurde er zumindest in den letzten drei Kriegsjahren unter der Kennungsmarke '9763./A.E.R.' geführt. Dienst geleistet hat er - so sagen es auch zwei Dokumente des Bundesarchivs - unter anderem im SS-Artillerieregiment, das Teil der so genannten '1. SS-Panzerdivision Leibstandarte SS Adolf Hitler' war.“ [1] Nach eigenen Angaben wurde Beisheim zu diesem Dienst zwangsrekrutiert, was Beisheim dabei allerdings verschweigt, ist, dass es nach dem ersten Monat der SS-Ausbildung die Möglichkeit gab, einen Antrag auf freiwillige Entlassung aus dem SS-Dienst zu stellen. [2] Diese Möglichkeit nahm Beisheim offensichtlich nicht wahr. Die „Leibstandarte“ war eine direkt auf Adolf Hitler eingeschworene Einheit, die diesem anfangs als persönliche Leibgarde dienen sollte. Im Verlauf des II. Weltkriegs wurde sie zu einer SS-Panzerdivision umfunktioniert, welche durch „ihre innere Disziplin, ihr frisches Draufgängertum, ihre fröhliche Unternehmenslust, ihre durch nichts zu erschütternde Krisenfestigkeit [...] vorbildlich und durch nichts zu übertreffen“ war. [3] Sie war somit eine Eliteeinheit, die wiederholt bei Offensiven der deutschen Armee als „Stoßkeil“ diente. Neben vielen anderen Kriegsverbrechen sind unter anderem bei einer

Vergeltungsaktion der Leibstandarte im April 1942 mehr als 4000 russische Menschen hingerichtet worden. Im September 1943 war Beisheims Division an einer Massenexekution und der lückenlosen Zerstörung der italienischen Stadt Boves aktiv beteiligt. Bei der Ardennen-Gegenoffensive 1944 wurden durch die Leibstandarte mindestens 71 verhaftete amerikanische Soldaten hingerichtet. [2] Bis zum heutigen Tage hat Otto Beisheim weder zu der Rolle, die er in der Leibstandarte und somit im NS inne hatte, Auskünfte gegeben noch die Notwendigkeit gesehen, sich dafür zu entschuldigen. Nach einer Ausbildung zum Großhandelskaufmann gründete Beisheim 1964 die „Metro Cash & Carry“-Gruppe, die als heutige Metro-AG mit zahlreichen Sparten wie Kaufhof Galeria, Media Markt/Saturn, Real, Extra und Praktiker einer der größten Einzelhandelskonzerne Europas ist. In Vallendar wurde eine ganze Universität nach ihrem Stifter Otto Beisheim benannt und am Potsdamer Platz in Berlin verewigte er sich durch den Bau eines gigantischen Hochhauskomplexes namens „Otto Beisheim - Center“.

## Eine unendliche Geschichte

Bereits seit den frühen 90ern gilt Beisheim als einer der großzügigsten Spender der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der TU Dresden. Dies führte dazu, dass der Festsaal der Fakultät seinen Namen trägt und ihm 1993 sogar die Ehrendoktorwürde der TU Dresden verliehen wurde. Im Juli 2005 sorgte ein Antrag der Antifa-Hochschulgruppe gemeinsam mit dem Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften für Wirbel an der TU und führte dazu, dass das Schild am Festsaal der Fakultät vorübergehend entfernt wurde. Das begründete die Fakultätsleitung allerdings nicht mit der Vergangenheit Otto Beisheims, vielmehr sei die Benennung nach Beisheim lediglich ein formeller Verfahrensfehler, da Säle an der TU nicht die Namen lebender Personen tragen sollen. Kurze Zeit später hing das Schild mit dem Namen Beisheims jedoch wieder am Saal, ohne irgendeine Erklärung von offizieller Seite dazu. Es kann

nur gemutmaßt werden, dass das Schild auf Grund einer Intervention der „Otto Beisheim Stiftung“, die an der TU Dresden durch Herrn Prof. Müller (Lehrstuhlinhaber Marketing) vertreten wird, in einer Nacht- und Nebel-Aktion wieder anmontiert wurde. Die Forderungen der Antifa Hochschulgruppe wurden darauf hin gegenüber der Fakultät und dem Rektorat nochmals bekräftigt: Umbenennung des Festsaals und die Aberkennung der Ehrendoktorwürde Beisheims. Die Antworten lassen bis heute auf sich warten. Im Vorfeld des alljährlich stattfindenden „Otto Beisheim Kolloquiums“ an der TU wurde auf Grund des Protestes der Hochschulgruppe Gesprächsbereitschaft von VertreterInnen der „Beisheim - Stiftung“ signalisiert. Im Nachhinein wird klar dass dieses Gesprächsangebot nur aus taktischen Erwägungen heraus vorgetäuscht wurde, um einen störungsfreien Ablauf des Kolloquiums sicherzustellen. Kaum war das Kolloquium vorbei kehrte die Fakultät Wirtschaftswissenschaften zu ihrem bekannten Verhalten, dem Totschweigen der Angelegenheit zurück. Konstatiert werden kann, dass es bisher kein ehrliches Entgegenkommen der TU Dresden gibt. Nach wie vor trägt ein offizieller Festsaal der Universität den Namen eines NS-Täters, nach wie vor hat ein Mitglied der „Leibstandarte Adolf Hitler“ die Ehrendoktorwürde der TU Dresden. Diese Praxis des Aussitzens zielt augenscheinlich darauf ab, Beisheim in seiner Funktion als großzügigen Spender der TU nicht zu verärgern. **Antifa Hochschulgruppe Dresden**  
www.antifa-hsg.tk

[1] Max Hägler: „Beisheim darf Schulnamen doch kaufen“, taz Nr. 7821 vom 16. 11. 2005

[2] George H. Stein: „The Waffen SS - Hitler's Elite Guard at War 1939-1945“ (deutsche Übersetzung: „Die Geschichte der Waffen-SS“); Cornell University Press; Ithaca, New York; 1966 [3] Danksagung des Befehlshabers des III. Panzerkorps, General Eberhard von Mackensen in einem unerbetenen Brief an Reichsführer-SS Himmler betreffend die „Leibstandarte Adolf Hitler“, zitiert nach [2]

# Saxorior: Rechts-Rock oder Metal-Band?

[anc] Freiberg stirbt aus! Diesen Eindruck kann zumindest gewinnen, wer des Abends durch die Straßen der Bergstadt wandelt. Und tatsächlich ziehen immer mehr junge Menschen weg, Geschäfte schließen und die Innenstadt verödet.

An anderen, weniger realen Plätzen ist die Vitalität und Präsenz der Freiburger jedoch nicht zu übersehen. So etwa im Internet-Forum des FreibÄrger. Hier kann man den Sachsen noch begegnen und auf den Zahn fühlen. Die diskutierten Themen sind vielfältig, vom SS-Mörder im Pflegeheim über Millionen-Geschäfte im Wohnungsbau bis hin zu, meinem momentanen Lieblingsthema, der Band „SAXORIOR“. Da auch im hoch technologisierten Freiberg nicht jeder Haushalt über einen DSL-Anschluss verfügt, es hier jedoch um grundlegendes geht, werden die Eckpunkte der Debatte im folgenden nachgezeichnet.

Es begann recht harmlos. Eine gewisse „Susi“ wunderte sich über den angekündigten Auftritt der Band „SAXORIOR“ aus Pirna beim anstehenden „Viel Rock um Nichts“ - Festival im Tivoli. Den Grund der Verwunderung nannte die Autorin nicht und gab lediglich einige Links zu weiteren



Vergeblicher Versuch mit Harnsäure  
Bürgersteige zu reinigen! Sauberes Freiberg  
nach Großveranstaltungen im Tivoli

Lektüre an. Diese hatten es allerdings in sich. Die Links führten unter anderem zu den Seiten des linken Projekts „Turn it down“, das sich intensiv mit rechter Jugendkultur/rechter Musik beschäftigt und zwei Einträge zur Band aufweist. In den beiden Artikeln zu „SAXORIOR“ wird detailliert über die Verbindungen der Band in die rechte Szene Pirnas und der Sächsischen Schweiz berichtet. So war etwa eines der Mitglieder von „Saxorior“ auch Mitglied der Naziband „14 Nothelfer“, die sich aus Führungsmitgliedern und Sympathisanten der inzwischen verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) zusammensetzte. Auch kann nachgelesen werden, dass der Sänger der Band „SAXORIOR“ in Pirna das „Polygam-Tonstudio“ betreibt, in welchem die CD „Hate'n'Roll“ von „14 Nothelfer“ und die CD „Weisheit und Ahnenkult“ von „Magog“ produziert wurden. „Magog“ ist eine Nazi-Metal-Band aus der Sächsischen Schweiz und besteht aus ehemaligen SSS - Mitgliedern und -sympathisanten.

Auf einer anderen Seite, die „Susi“ als Link eingefügt hat, kann man erfahren, dass bei einem Auftritt der Band in der ehemals als alternativ bekannten „Scheune“ in der Dresdner Neustadt ein sehr spezielles Publikum anwesend war. Neben im SSS - Verbotprozess verurteilten ehemaligen SSS - Mitgliedern waren mehrere Personen vor Ort, die auf ihren T-Shirts durch Symbole, Bandnamen und Parolen offen ihre antisemitische und menschenverachtende Ideologie zur Schau trugen.

Diese Hinweise auf die ziemlich eindeutigen Verbindungen und Anhänger der Band riefen im Forum postwendend Widerspruch hervor. Ein Nutzer namens „SAXORIOR“, es ist nicht auszuschließen, dass es ein Mitglied der Band selbst war, behauptete in einem „Statement“, das es sich bei den Vorwürfen um eine Kampagne der „Antifa“ handele. Das auch auf der Homepage der Band eingestellte Statement, enthält die Aussage, dass die Band völlig unpolitisch sei, man

für sein eigenes Publikum nichts könne und bei Bedarf sogar eine „schriftliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) sowie ein Führungszeugnis der Staatsanwaltschaft Dresden zur Verfügung gestellt werden könne. Dass dies natürlich kein Beleg für politische Unbedenklichkeit ist, sollte auch dem naivsten Musikfreund klar sein. Nur weil eine Band keine politischen Texte hat und nicht von einer Bundesbehörde indiziert wurde, ist ihr kein Unbedenklichkeitszertifikat auszustellen. Ebenso bedeutend sind das politische Umfeld der Band, deren Fans und natürlich die Musikvergangenheit der Mitglieder. Und diese sind bei „SAXORIOR“ nun mal eindeutig rechts. Dass die Band dann doch nicht so ganz unpolitisch ist, wie behauptet, beweist der auch letzte Satz des Statements, in dem verlautet wird: „FUCK THE POLITICAL CORRECTNESS PEOPLE!!!“ Der Begriff „Political Correctness“ ist seit Jahren ein Kampfbegriff der Rechten, der vor allem der Verleumdung politischer Gegner dienen soll.

Nach diesem Statement entbrannte die Diskussion erst richtig. Ein heftiges Hin und Her über die Frage wie rechts die Band ist und wann eine Band als rechts eingestuft werden könne war die Folge. Für die Redaktion des FreibÄrger steht jedenfalls fest, dass solange sich die Bandmitglieder nicht von ihrer rechten Vergangenheit und Gegenwart öffentlich lossagen und ihren Wandel glaubhaft machen können, beispielsweise durch ein Konzert zugunsten von Opfern rechter Gewalttaten, solchen Bands kein Forum geboten werden sollte. Da zwischenzeitlich das „Viel Rock um Nichts“ Festival abgesagt wurde, bleibt uns „SAXORIOR“ zum Glück erspart.

#### STATEMENT:

Wir, die Band SAXORIOR, verwehren uns ausdrücklich gegen Anschuldigungen anonymer Verfasser, welche momentan im Internet und Presse gegen uns kursieren und dem Ansehen unserer Band schaden.

Fakt ist, dass gegen uns eine Verleumdungskampagne der Antifa läuft, indem uns eine "rechte Gesinnung" vorgeworfen wird. Leute, die uns nicht einmal kennen, streuen solche Gerüchte über uns, indem sie jedes mal den gleich formulierten Text kopieren,

was ja angesichts heutiger Internetpräsenz auch nicht sehr schwierig ist.  
Des Weiteren rufen sie ständig anonym bei den Veranstaltern an, wo ein Auftritt unsererseits ansteht und diffamieren uns. Bisher hatten sie nie Erfolg, dass ein Gig daraufhin abgesagt wurde. Sie geben sich nie als Antifa zu erkennen; dazu sind sie zu feige!!!

Wir stellen klar:

SAXORIOR ist eine METAL-Band, die Musik für METAL-Fans macht und großen Wert auf musikalische Qualität legt, was immer mehr auf unseren Releases deutlich wird! In unserer 10-jährigen Bandgeschichte haben wir niemals irgendwelche politischen Statements abgegeben, die auch nur andeutungsweise in die rechte oder linke Szene tendieren.

Die Texte der Band SAXORIOR sind in keinster Weise gewaltverherrlichend.

In erster Linie behandeln wir die sächsische Geschichte (was auch am besten zu unserem Bandnamen passt), Sagen, Mythen sowie Vergänglichkeit, Leben und Tod.

Die Songs sind absolut unpolitisch. Unsere Band hat mit dem Nationalsozialismus nicht das geringste zu tun. Sollten sich dennoch unter den Zuschauern Anhänger des extrem rechten oder linken Spektrums befinden, so liegt dies nicht im Einflussbereich der Band.

Die Band hat keinerlei Verbindung zur Nazi-Metal-Szene!  
Die Sache haben wir bereits unserem Anwalt übergeben.

Bei Interesse können wir jederzeit eine schriftliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) sowie ein Führungszeugnis der Staatsanwaltschaft Dresden zur Verfügung stellen.

FUCK THE POLITICAL CORRECTNESS PEOPLE!!!

(Gast)  
im Forum bei:  
aus: www.freibaerger.de



also, macht weiter so und laßt euch nicht beirren. es gibt genügend leute, die den freiÄrger trotzdem (oder auch gerade deswegen) lesen. und sollte ich selbst mal zu dem einen oder anderen artikel eine andere meinung haben, kann ich ja immer noch eine gegendarstellung oder einen leserbrief bringen, oder.  
bis bald Spolle

Lieber FreibÄrger,  
ich wünsche Euch alles Gute und frage, wieso die PDS auf Euch böse ist?  
MfG  
Johannes Lichdi (MdL, B'90/Die Grünen)

Dear comrades  
Was this meant for me?  
Graeme. (Antifa-Magazin Searchlight)

## Leser+Leserinnenbriefe

liebe Freundinnen + Freunde, Leser + Leserinnen, Kritiker + Kritikerinnen  
*„Kritik ist aller Demokratie wesentlich. Nicht nur verlangt Demokratie Freiheit zur Kritik und bedarf kritischer Impulse. Sie wird durch Kritik geradezu definiert.[...] Mit der Voraussetzung von Demokratie, Mündigkeit, gehört Kritik zusammen. Mündig ist der, der für sich selbst spricht, weil er für sich selbst gedacht hat und nicht bloß nachredet; der nicht bevormundet wird. Das erweist sich aber in der Kraft zum Widerstand gegen vorgegebene Meinungen und, in eins damit, auch gegen nun einmal vorhandene Institutionen, gegen alles bloß Gesetzte, das mit seinem Dasein sich rechtfertigt. Solcher Widerstand, als Vermögender Unterscheidung des Erkannten und des bloß konventionell oder unter Autoritätszwang Hingenommenen, ist eins mit Kritik, deren Begriff ja vom griechischen krino, Entscheiden, herrührt.“* [Theodor Wiesengrund Adorno, Kulturkritik und Gesellschaft]

auch eine Antwort von uns auf die häufigen Anwürfe, insbesondere von „linker“ Seite, der FreibÄrger vertrete den „Standpunkt des Klassenfeindes“, wenn er die PDS und ihre Politik kritisiere. Darüber eine öffentliche Diskussion zu führen, anstatt im Intrigantenstadel herumzurühren ist

das Geringste, was mensch von einer Partei erwarten dürfen muss, die vorgibt „die Linke“ zu sein.

in dem Sinne ein starkes 2006 mit vielen herzerfrischenden kritischen Impulsen. für die redaktion freiÄrger und freiÄrger Jugendinitiative "Buntes Leben"

Andreas Koch + Clara-Anne Büniger



lieber andreas, liebe clara,  
danke für eure neujahrswünsche. die gebe ich natürlich gern zurück.  
was mich interessiert, ist das „herumrühren im intrigantenstadel“. habt ihr da was konkretes? ich würde mich dazu gern auch in der pds noch mal stark machen, da ich vollkommen eurer meinung bin. dazu brauche ich aber schon ein paar mehr informationen, damit ich auch auf die leute zugehen kann, die das betrifft. mit allgemeinen vorwürfen brauche ich da glaube ich nicht kommen.

## Dirty Freiberg

Sehr geehrte/r Frau/Herr fump,

regelmäßig lesen wir den FreibÄrger. Aber Ärger hin und Ärger her - erstaunt waren wir über den von Ihnen verfassten Text „Dirty Freiberg“ Bezug nehmend auf den Satz „... ich scheiße auf ...“ nur ein Tipp: Lassen Sie sich dabei nicht erwischen. Es könnte teuer werden. Über Ihre Vorschläge den Bußgeldkatalog betreffend, können wir bei einem Ihrer nächsten Freibergaufenthalte gern einmal reden.

Glück auf!

Udo Neie (Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes),

Katharina Wegelt ( Pressesprecherin)

## Familienbetrieb

### DKP

werte redaktion,  
wir bitten darum, jede e-mailadresse der familie h., der nelkentruppe, der sdaj oder eine dkp-adresse aus eurem verteiler zu streichen....

henry

Die Tootsies

# Die Zehn Gebote des Dr. Albert Park

Der Schnee fiel zwar nur Zentimeter weise, aber in allen Medien hörte und las mensch von einer gigantischen Schneekatastrophe. Was sonst als "weiße Weihnacht" für romantische Postkartenidylle herhielt und dem



kleinsten Dorf im Erzgebirge Touristenschwärme verschaffte, wurde in diesen Tagen zwischen den Jahren als lebensgefährliche Bedrohung aufgebaut. Punk-Tootsie schüttelte sich die Schneeflocken vom Kapuzenshirt, das heute ein überdimensionaler Aufnäher "antifaschistische Aktion" ziert, mit einer schwarzen und roten Fahne nach rechts verlaufend, das Original aus den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts schmückten zwei rote Fahnen. Er wollte der heimlichen Parteivorsitzenden der vermeintlich einzig Linken-Partei seine ganz persönlichen revolutionären Grüße zum Jahreswechsel



übermitteln, stand aber vor verschlossenen Türen. "Wat denn!" raunte er vor sich hin, "gibbet wohl keine Revolution

zwischen X-mas und Silvester!" Punk-Tootsie raffte sich auf und wollte in der Peterstraße flanieren, als in ihm ein quälendes Bedürfnis aufkam. Sein Blick richtete sich naturwüchsig auf den Albert-Park, den er sofort ansteuerte; denn in der Peterstraße konnte er ohne einen Cent in der Tasche, dieses Bedürfnis nicht befriedigen. Er passierte die Mahntafeln der Freiburger Polizei und das überaus kunstvoll gestaltete Plakat der Aktion "Sauberes Freiberg" mit der deutlichen Werbung für die "Städtische Wohnungsbaugesellschaft" (SWG), die nach Millionenschwindeleien für die Tootsies nicht gerade als Vorbild von Reinheit galt. Geflissentlich übersah Punk-Tootsie die Gebote und Verbote der heiligen Parkordnung. Schnell schlich er zum Pavillon, den er seit dem schrecklichen Mord an einen Obdachlosen immer mied, und erledigte sein Geschäft in einem nahe gelegenen Busch. Kaum hatte er seinen Hosenschlitz wieder geschlossen, da hörte er eine Jungmädchenstimme: "Da, die hat gerade eine Kippe weggeworfen!" Punk-Toostei sah ein etwa 14 Jahre altes Mädchen, das in Begleitung einer Angestellten vom Ordnungsamt aufgeregt durch die Parkanlage hüpfte. Die Kippensünderin war eine ältere Dame, die offensichtlich sehbehindert, ihre gerade aufgerauchte Zigarette neben einem Papierkorb austrat. Mit zittri-

gen Händen öffnete sie ihr Portemonnaie und zahlte die fälligen 20 Euro. Das kleine Mädchen freute sich über das Lob der rothaarigen Ordnungshüterin und dachte im Stillen, dass sie später Polizistin werden möchte, so eine wie die Ulrike Folkerts aus der Fernsehserie Tatort. Punk-Tootsie trollte sich. Stunden später saß er bei Tui-Tootsie, mit dem er weitere Ordnungstafeln fertigte, die er im Albert-Park platzieren wollte. Ein Gebotsschild, das Wort Verbot mochte er nicht, versah er mit der Aufschrift "Stop dem Alkoholmißbrauch! Macht die Essfinger-Brauerei zur Keksfabrik!, ein weiteres erhielt die Aufschrift "Auflösung der SWG - das saubere Freiberg gegen schmutzige Geschäfte!" Natürlich durfte das obligatorische "Nazis raus aus dem Park!" nicht fehlen, dass er um den Zusatz ergänzte "alles andere ist Quark!" Weitere Schilder verschafften der Polizei im Park dienstfrei, der OB immer frischen Klee, den Katzen und Hunden im Park nur schöne Stunden, den Armen im Park



T  
o  
o  
t  
s  
i  
e  
p  
a  
r  
t  
y



dieKnete, für eine schöne Fete. Schnell waren zehn Gebote verfasst und künstlerisch gestaltet. In der Nacht, als in Freiberg alles schlief, wurden die neuen Schilder aufgestellt. Der stadtbekannteste Obdachlose Sternie-Kuddel war der erste, dem die Veränderungen im Park auffielen. Das lag aber nur daran, dass er bei seinem frühmorgendlichen Geschäft sich plötzlich an einem Schildständer wieder fand, an dem er es noch nie zuvor verrichtet hatte. Er schmunzelte und eine Stunde später trat die komplette Pennergarde mit einem kräftigen Glückauf zum Schilderpinkeln an. Das lag naturgemäß weit vor dem Dienstbeginn der Ordnungshüterinnen. Einzig Kommissar Katzenhai trudelte auf seinem Weg zum Dienst am Staat schon eher durch den Park. Sein Blick erhaschte weder Penner noch die neuen Tootsieschilder. Er fingerte schon wieder nach seiner Schokolade, die viel zu weich, in seiner Hosentasche klebte. Als er endlich ein Stück erwischte, traf ihn der Gruß vom Stadtplaner Beuter, der sich darüber beschweren wollte, dass ein Leine loser Hund an seinem Bismarcksockel Fäkalien hinterlassen hatte und das auch noch ohne Steuermarke. Bei dem Versuch das Untier aufzuhalten, hatte er einen Biss in seine rechte Wade abbekommen. Kommissar Katzenhai tat seine Pflicht, bat Beuter um eine Stuhlprobe zwecks DNA-Analyse und verschwand in seinem Desktop auf der Suche nach der Datei "Verdächtige Hunde" - Bereich Innenstadt.



Übereinstimmungen mit real existierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

## Boggle-Party im Antik-Cafe, 11. März ab 15.00 Uhr

### Rätsel-Eckchen



Was steckt so alles d'rin?

S	L	K	E
I	E	P	E
R	D	N	P
O	F	E	R

### Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstraße und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 47 gewann **Marita** aus Pirna. Herzlichen Glückwunsch, viel Spaß beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"

**Impressum** V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.

